



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 61. Ratssitzung vom 20. September 2023

2278. 2023/323

Dringliches Postulat von Florian Utz (SP), Nicolas Cavalli (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.06.2023: Flughafen Zürich AG, Verzicht auf die Finanzierung von Parteien und Abstimmungskämpfen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1992/2023): Kürzlich wurde bekannt, dass die Flughafen Zürich AG mehrere Parteien finanziert: sicherlich die FDP, womöglich die SVP und Die Mitte. Die EVP war integer, da sie das gespendete Geld wegen Bedenken zurückzahlte. Dadurch wurden die Spenden öffentlich. Der Flughafen unterstützt die Parteien vor allem aus Eigennutz, was im Geschäftsbericht klar ausgewiesen ist: Es werden die Parteien finanziert, die «sich zu einer wettbewerbsfähigen Schweizer Luftfahrt und Flughafeninfrastruktur bekennen». Das gespendete Geld wird von einer Gegenleistung beim Stimmverhalten abhängig gemacht. Ein solches Verhalten ist hochproblematisch, da unser aller Ziel die Interessen der Gesamtbevölkerung und -wirtschaft und nicht ein Stimmverhalten zum Vorteil einzelner Unternehmen sein sollte. Es entsteht der Eindruck, dass die Dicke des Portemonnaies über das bessere Argument gestellt wird. So wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie untergraben. Deswegen ist die Forderung an die Flughafen Zürich AG, Parteispenden einzustellen, richtig. Es gibt aber noch eine weiterführende Problematik: Die Flughafen Zürich AG untersteht zu Teilen der öffentlichen Hand. Der Kanton besitzt einen Drittel und die Stadt rund 5 Prozent der AG. Sie gehört somit zu fast 40 Prozent der Bevölkerung und das Geld der Flughafen Zürich AG steht wirtschaftlich gesehen in diesem Ausmass der Bevölkerung zu. Wenn die Flughafen Zürich AG einer Partei Geld spendet, finanziert die Bevölkerung das mit knapp 40 Prozent mit. Diese soll aber selbst entscheiden können, welche Parteien sie unterstützt. Die Frage der Pistenverlängerung ist aktuell. Beim Durchlesen des Geschäftsberichts der Flughafen Zürich AG entsteht der Eindruck, dass sie diese Abstimmungskampagne mitfinanziert. Das kommt Propaganda gleich.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juli 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Den Ablehnungsantrag stellen wir nicht, weil wir die geschilderte Situation unproblematisch fänden, sondern weil die SVP bereits im Jahr 2017 den Verkauf der Flughafen-Aktien forderte. Die SP kämpfte dagegen an, da sie indirekt finanziell von diesen Aktien profitiert. Trotzdem wettet sie gegen den Flugverkehr. Es ist ein Show-Postulat. Unsere Vertretung in der Flughafen Zürich AG ist die SP-Stadtpräsidentin Corine Mauch. Sie kann sich kritisch zur Lage äussern, es braucht kein Postulat. Man echauffiert sich über Behördenpropaganda, doch als



wir Bilder von SP-Wahlflyern in Zürcher Lehrerzimmern zeigten, sah man darin keine Behördenpropaganda. Konsequenterweise müssten wir uns von der Flughafen Zürich AG trennen.

Weitere Wortmeldungen:

Martina Züricher (FDP): Die FDP-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die Stadt mit städtischem Geld keine Parteien oder Abstimmungen finanzieren soll. Das heisst, dass sich die städtischen Vertretungen in ihren Gremien in Drittinstitutionen dagegen einsetzen sollen. Die Flughafen Zürich AG ist nur eine von vielen Drittinstitutionen der Stadt, darum kündigten wir eine Textänderung an: Die «Flughafen Zürich AG» soll durch «Drittinstitutionen» ersetzt werden, wobei die Flughafen Zürich AG als Beispiel in Klammern angefügt werden kann. Bis vor einigen Wochen waren Parteispenden der Flughafen Zürich AG kein Thema, obwohl das seit Jahren in ihrem Geschäftsbericht steht. Das wurde also nicht erst vor Kurzem bekannt, der Geschäftsbericht wurde nur zu ungenau gelesen. Bei weiteren Drittinstitutionen könnten in naher Zukunft ähnliche Themen auftreten. Deswegen müssen sich alle städtischen Vertretungen in den jeweiligen Gremien dafür einsetzen, dass dieses Geld nicht für Parteien oder Abstimmungsfinanzierungen eingesetzt wird. Ob das etwas bringt, hängt von der Beteiligung ab.

Markus Knauss (Grüne): Am 4. Juli 2018 führten wir die Debatte, ob wir Aktien der Flughafen Zürich AG besitzen sollten. Die drei SP-Sprechenden vertraten die Meinung, dass sie in unserem Besitz bleiben müssten, damit wir Einfluss auf die AG haben. Das ist Fiktion, da vor allem die Stadtpräsidentin auf sie Einfluss hat und nicht wir als Gemeinderat. Unsere grösste Einflussmöglichkeit ist der Verkauf der Aktien. Mehr können wir nicht tun. Der Stadtrat hat ein ungebrochenes Verhältnis zur Flughafen Zürich AG. STP Corinne Mauch war entweder damit einverstanden, äusserte sich nicht dazu oder konnte sich nicht durchsetzen. Der Stadtrat ist als Kollektivgremium für die Pistenverlängerung, obwohl die SP dagegen ist. Auf www.smartvote.ch wird ersichtlich, wie sich das Verhalten der jeweiligen Stadträt*innen von den Wahlversprechen unterscheidet. So stimmen sie einzeln gegen die Pistenverlängerung, unterstützen die Verlängerung aber als Kollektivgremium. Weil wir es stossend finden, wenn sich die Flughafen Zürich AG mit besagten Mitteln an der Abstimmung beteiligt, unterstützen wir diesen Vorstoss. Es kann nicht sein, dass die Flughafen Zürich AG Parteien nach politischem Gusto finanziert.

Roger Föhn (EVP): Es ist fast unmöglich, das Postulat nicht zu unterstützen. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist aber der Meinung, dass es ein reines Schubladen-Postulat ist. Der Kantonsrat beschäftigte sich bereits mit diesem Thema und kam zum Schluss, dass die Flughafen Zürich AG eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ist; da etwas zu verändern, sei rechtlich nicht durchsetzbar. Trotzdem stimmen wir dem Postulat zu.

Samuel Balsiger (SVP): Es gehört zum politischen System, dass wir auf Spenden angewiesen sind. Ohne Parteien gibt es keine Demokratie. Ob die Flughafen Zürich AG Parteispenden tätigen soll, ist eine andere Diskussion. Ein weiteres Beispiel ist die Unia, die ein beträchtliches Kapital hat und von der SP dominiert wird. Da sollte aufgeräumt werden, anstatt auf Andere zu zeigen, die den Politbetrieb durch Spenden am Leben halten.



Nicolas Cavalli (GLP): *Wir sind nicht per se gegen Spenden und nehmen sie auch von verschiedenen Orten entgegen. Die Situation mit der Flughafen Zürich AG ist aber speziell, da 38 Prozent in öffentlicher Hand sind. Das schafft eine komische Abhängigkeit. Wenn die FDP mit ihrem Textänderungsantrag alle Drittinstitutionen miteinbeziehen will, gesteht sie ein, dass die gegenwärtige Praxis fraglich ist. Das freut mich. So könnt Ihr euch von der kantonalen FDP emanzipieren und den unveränderten Antrag annehmen.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Das Postulat wird von unserer Seite ebenfalls unterstützt. Wir haben strenge Vorschriften über die «Compliance» des Stadtrats in solchen Institutionen. Problematisch ist die Position unserer Stadtpräsidentin. Ich frage mich, zu welchem Zeitpunkt STP Corine Mauch wusste, dass die Spenden getätigt werden, wie sie sich im Verwaltungsrat positionierte und wen sie im Anschluss darüber informierte. Den Gemeinderat, für den sie die dortige Vertretungsposition einnimmt, hat sie nicht unterrichtet. Wenn das laut Geschäftsprüfungskommission (GPK) schon lange bekannt war und in jedem Bericht stand, frage ich mich, weshalb sie den Rat nicht darüber informierte. Parteispenden gehören auf diese Weise nicht in unser System. Beim Textänderungsantrag der FDP wundere ich mich, welche anderen Institutionen gemeint sind.*

Michael Schmid (FDP): *Die Frage von Dr. David Garcia Nuñez (AL), seit wann die STP Corine Mauch von den Parteispenden wusste, kann ich beantworten: Da es seit Jahren im öffentlichen Geschäftsbericht der Flughafen Zürich AG steht, weiss sie es seit ebendieser Zeit. Darum wurde es von der GPK nicht thematisiert. Es liegt auf der Hand, dass die Flughafen Zürich AG Parteien unterstützt, die dessen Existenz ermöglichen. Diesen Zusammenhang sehen wir differenziert: Als städtische Vertretung ist es richtig, wenn man sich in Drittinstitutionen für politische Neutralität einsetzt und dafür, dass die Drittinstitutionen keine Parteispenden tätigen. Dass sich aber die Flughafen Zürich AG, die zu einer klaren Mehrheit in privatem Aktionärsbesitz ist, für Parteien einsetzt, die dessen Geschäftstätigkeit unterstützen, ist aus Aktionärssicht selbstverständlich. Wenn es nach den Postulanten ginge, würde der Flughafen schliessen. Das würde aber nicht bedeuten, dass dem Klima geholfen wäre, sondern dass ab anderen, naheliegenden Flughäfen geflogen würde. Wenn es Ihnen um die Sache ginge, würden Sie die Textänderung unterstützen, aber in der heissen Wahlkampfphase zielen Sie nur auf den Flughafen. Ohne Textänderung lehnen wir das Postulat ab.*

Florian Utz (SP): *Der Flughafen ist keine normale AG, da er zu einem grossen Teil in öffentlicher Hand ist. Anstatt es in Parteispenden zu investieren, könnte die Flughafen Zürich AG das zusätzliche Geld als Dividende ausschütten, womit es zu 38 Prozent zurück an die Bevölkerung ginge und nicht in die SVP-Parteikasse. Dass da kein Unrechtsbewusstsein besteht, finde ich schamlos. Die EVP erkannte die Problematik und bezahlte die Spenden zurück. Auch bei der FDP ist man sich der Grundproblematik bewusst. Zur Thematik der Drittinstitutionen habe ich inhaltlich keine Differenzen mit der FDP, besonders wenn es noch weitere Problemfälle gibt. Zum Verkauf der Flughafenaktien kann man verschiedener Meinung sein. Die SP steht nach wie vor dazu, dass die Stadt bei wichtiger öffentlicher Infrastruktur wie der der Flughafen Zürich AG ein Mitspracherecht haben und die Aktien behalten soll. Das hat mit der vorliegenden Frage nichts zu tun.*



4 / 4

Das Dringliche Postulat wird mit 83 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat